

## EFN-Generalversammlung: Pflege im Fokus der EU-Politik

**Die Mitglieder der European Federation of Nurses Associations (EFN) trafen sich im April in Brüssel zur 120. Generalversammlung. Sie diskutierten wichtige EU-Politikthemen, die große Auswirkungen auf Pflegefachpersonen und den Pflegeberuf haben.**

Dazu gehörten unter anderem: die Entwicklung der EFN zum „Advanced Practice Nursing“ in der EU, Cybersicherheit, Mentoring von Pflegestudierenden und sichere Personalbesetzung (im Rahmen des WHO Nursing Action EU-Projekts), Bildung (Richtlinie 2013/55/EU), Gewalt gegen Pflegefachpersonen, Digitalisierung sowie der Europäische Gesundheitsdatenraum (EHDS).

Angesichts des gravierenden Mangels an Pflegefachpersonen besteht die einzig nachhaltige langfristige Lösung für den Pflegenotstand in der EU darin, die inländischen Kapazitäten in der Pflege aufzubauen. Jede internationale Anwerbung muss zudem im Einklang mit der Richtlinie 2013/55/EU erfolgen. Darüber hinaus besteht aufgrund des Anstiegs von Gewalt gegen Pflegefachpersonen ein dringender Bedarf an EU-Gesetzgebung, die eine Null-Toleranz-Politik gegenüber dieser Gewalt verankert. Die von den EFN-Mitgliedern geführten Diskussionen und verabschiedeten politischen Stellungnahmen sind daher von zentraler Bedeutung, um die politischen Ziele und Entwicklungen des EFN, wie im EFN-Strategieplan 2021–2027 festgelegt, zu erreichen und Einfluss auf den EU-Politikprozess zu nehmen.

In der Generalversammlung informierte Tilly Metz (Luxemburg, Die Grünen/EFA) als Mitglied des Europäischen Parlaments die EFN-Vertreter:innen über die Arbeit und Prioritäten des neuen SANT-Ausschusses. Der Ausschuss für öffentliche Gesundheit des Europäischen Parlaments wurde kürzlich zu einem vollwertigen ständigen Ausschuss erhoben. Das ist ein dauerhaft eingerichtetes Gremium mit festen Zuständigkeiten, das aktiv an der Gesetzgebung und politischen Kontrolle mitwirkt. Die Aufwertung des SANT-Ausschusses zeigt, dass öffentliche Gesundheit auf EU-Ebene an politischer Bedeutung gewonnen hat.



SANT wird gemeinsam mit dem Ausschuss für Beschäftigung noch in 2025 einen neuen Initiativbericht (INI) zur Lage der Beschäftigungssituation von Gesundheitsfachpersonen in der EU auflegen, um mit den Ergebnissen dem Fachkräftemangel im Gesundheitswesen in der EU entgegenzuwirken.

In diesem Zusammenhang betonte Tilly Metz die Notwendigkeit, die Europäische Kommission dazu aufzufordern, eine EU-Richtlinie zu psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz im Gesundheitswesen zu initiieren, einschließlich verpflichtender sicherer Personalbesetzungsstandards, die von den Mitgliedstaaten umzusetzen sind.



Martin Le Vrang, kommissarischer Leiter der Einheit B5 der DG Beschäftigung, informierte die EFN-Mitglieder zur laufenden Überprüfung der Umsetzung der Richtlinie 2013/55/EU und betonte, dass erste Daten zeigen, dass die Mitgliedstaaten die Mindestanforderungen an Ausbildung und Qualifikation für Pflegekräfte in der EU festhalten wollen. Dies ist ein beruhigendes Ergebnis für die EFN-Mitglieder, da es entscheidend für die Aufrechterhaltung hoher Versorgungsstandards und Patientensicherheit in der EU und in Europa ist.

Zuletzt gab es 2024 unter belgischer Ratspräsidentschaft ein ernstzunehmendes Vorhaben, die Pflege aus den reglementierten Berufen herauszulösen und unter die nationale Verantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten zu bringen – mit verkürzten Ausbildungszeiten. Ein massiver Versuch zur Deprofessionalisierung der Pflegeberufe in der EU.

Die EFN-Mitglieder sammelten darüber hinaus Daten zu nationalen, regionalen und lokalen Cybersicherheitsplänen, die in Einrichtungen von Pflegefachpersonen umgesetzt werden, sowie zur Personalknappheit im Pflegebereich. Die Daten dienen dazu, EU-Institutionen mit konkreten Ergebnissen und Fakten zu überzeugen und die europäische Gesundheitsagenda voranzubringen. Investitionen in hochwertige Pflege wirken sich positiv auf die gesamte Gesellschaft aus: Sie führen zu gesünderen Bevölkerungen, wirtschaftlichem Wohlstand, resilienteren Gesundheitssystemen, weniger Ungleichheiten und mehr sozialer Gerechtigkeit.

Die nächste EFN-Generalversammlung findet am 16. und 17. Oktober 2025 in Dublin statt.

(PT)



---

Dieses PDF wird automatisch auf Basis der aktuellen Daten erstellt, dadurch können Seitenumbrüche möglicherweise nicht optimal erfolgen.

---